Donnerstag, 21. September 1922 • 51. Jahrgang. Abend-Ausgabe Einzelnummer 5 M.

Berliner Tageblatt

Nr. 426 und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Pariser Besprechungen über den Orientfrieden.

Berichterstattung Curzons nach London.

nischeidung über weitere Maßnahmen wahrscheinlich morgen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

L Paris, 21. September.

Die Besprechungen über die Lage im Orient, die gestern am nai d'Orsay begonnen haben, nahmen den Charakter einer Konrenz an, obwohl Poincaré bemüht ist, dieses Wort für die Unterhandlungen zu vermeiden. Denn die eigentliche Konferenz soll erst iter stattfinden. Sie wird die etwas in Mißkredit geratene Beichnung einer Friedenskonferenz erhalten. An ihr sollen ßer England, Italien und Frankreich auch die kriegrenden Mächte Griechenland und die Türkei, ebenso umänien, Serbien und sogar Japan teilnehmen. Bei den trigen Verhandlungen gab es gleich zu Anfang ein Mißrständnis, das aber bald beigelegt wurde. Lord rzon, der diese Ministerbesprechungen angeregt hatte, te am Morgen den Ministerpräsidenten Poincaré auf, sich mit ihm über die abweichenden Auffassungen der englischen und französischen Regierung zu unterhalten. Dieses Zwiegespräch war r nicht nach dem Geschmack des Grafen Sforza, der den Wunsch erte, daß Italien bei allen Besprechungen vertreten sein müßte, diese Ansicht Lord Curzon schriftlich mitteilte. Am Nachmittag r kam alles wieder in Ordnung. Lord Curzon beeilte sich, auch mit Grafen Sforza eine Besprechung abzuhalten, bei der Poincaré egen war, und als die gemeinsamen Beratungen begannen, waren beteiligten Minister in schönster Harmonie. Lord Curzon legte den lischen Standpunkt dar: da Frankreich und Italien noch immer mit land gegen die Türkei verbunden seien, dürften beide Mächte aus der von Alliierten umgrenzten neutralen Zone ihre Truppen nicht zurückgen. Er erinnerte daran, daß der Oberbefehl über die interionalen Besatzungstruppen dem General Harrington in Konstanopel übertragen sei, und daß ohne seine Zustimmung Truppenegungen der alliierten Armee überhaupt nicht vorgenommen den könnten. Poincaré und Sforza machten dagegen geltend, diese Bestimmungen getroffen wurden, als die Türkei noch nicht Kampfe mit den Griechen stand. Frankreich und Italien nschten einen neuen Konflikt mit der Türkei zu meiden, weil jede Konflagration den Frieden im Orient s neue hinausschieben müsse. Auch vom militärischen ndpunkt aus wäre es sinnlos, die Position von hanak zu halten, **da nur eine große, gut ausgerüstete mee auf dem asiatischen Ufer dem Vordringen der nalisten erfolgreichen Widerstand leisten könnte.** Diese Auf- verlange eine Expedition großen Stils, für die weder die genheit günstig noch die Mittel vorhanden seien. Poincaré te sich zur Unterstützung dieser These auf den Marschall Foch fen, der zusammen mit dem Generalstabschef General hand den französischen Standpunkt energisch vertrat. Auch Frage einer Flottendemonstration wurde besprochen. Hier war Meinung der Sachverständigen der englischen Auffassung tiger, da der englische Admiral Beatty wie der französische iral Graffet erklärten, daß die Flottenstreitkräfte der iierten den Kemalisten den Uebergang über die erengen sperren könnten. Doch war es die allgemeine cht, daß dieser äußerste Schritt erst getan werden könne, wenn übrigen Versuche, den Frieden herzustellen, ergebnislos blieben. Curzon erklärte schließlich, daß er über die Verhandlungen an Regierung berichten würde. Die eigentliche Entscheidung die zunächst notwendigen Schritte wird voraussichtlich erst am itag erfolgen. Einfacher gestaltete sich die Besprechung über Friedenskonferenz. Ueber Ort und Zeit ist noch ts entschieden. Doch scheint an die Möglichkeit gedacht verden, diese Konferenz in Italien, wahrscheinlich in edig, abzuhalten. Die Teilnahme der Balkanten wurde besonders von Frankreich und Italien gewünscht. st in dieser Beziehung nicht ohne Interesse, daß Poincaré am d vorher noch eine lange Unterredung mit dem Vertreter äniens, Antonescu, gehabt hat.

Rom, 21. September.

nglands Sinnesänderung wird in italienischen Kreisen nicht ohne sse Ironie festgestellt. Wenn die englische Regierung zuerst die bliche Notwendigkeit einer Stabilisierung der militärischen Lage t habe, so habe sich diese in weniger als einer Woche nicht nur t stabilisiert, sondern vielmehr dermaßen verwickelt, daß pa geradezu der Möglichkeit eines neuen Krieges gegenüberstehe. zu schreibt die offiziöse „Tribuna": „Hätte England den italieen Vorschlag, eine Konferenz in Venedig abzuhalten, seinerzeit nommen, so hätte es heute nicht erleben müssen, vor der eigenen tlichen Meinung eine unglückliche Rolle zu spielen und zugleich Welt die Zerfahrenheit der Entente zu dokumen- n. Die „Tribuna" freut sich übrigens, daß Graf Sforza en in Paris vertritt, da er ein anerkannter Freund und Beer der muselmanischen Welt sei. Alles in allem werde die fer Konferenz den Engländern zu einem genauen Einblick in die e Politik ihrer Regierung verhelfen, aber auch die Gewißheit , daß der Widerstand Italiens und Frankreichs gegen irgende Abenteuer unbeugsam sei.

Kemal Paschas Offensivabsichten.

Das englische Kabinett in Permanenz.

London, 21. September. (W. T. B.)

estern nachmittag 6 Uhr 30 Minuten wurden die Minister vorteterweise zu einer dringenden Sitzung zusammen- en. Um 7 Uhr traf Churchill ein, um an der Versammlung nehmen. Auch der Premierminister ist aus diesem Grunde nach on zurückgekehrt. Associated Preß zufolge ist anzunehmen, daß Sitzung durch eine Mitteilung Lord Curzons über seine Beungen mit Poincaré veranlaßt worden ist. Der tterstatter der „Daily Mail" in Konstantinopel t, der Vertreter der Angora-Regierung habe ihm erklärt, daß er den General Harrington benachrichtigt habe, die Türken hätten die Absicht, über die Dardanellen zu gehen, um den Massakres, die die Griechen in Thrazien anrichteten, ein Ende zu machen. Die türkischen Truppen werden nicht auf die alliierten schießen, vorausgesetzt, daß sie nicht von den letzteren angegriffen werden. Es wird die Nachricht bestätigt, daß ein türkisches Kavalleriebataillon Bigha erreicht habe. Diese Stadt befindet sich an der Grenze der neutralen Zone. Englische Zeitungen sehen sich durch diese Tatsache veranlaßt, zu behaupten, daß Mustapha Kemal die neutrale Zone nicht zu respektieren gedenke.

Nach eingegangenen Nachrichten aus Konstantinopel werden von Kemal Pascha trotz seiner friedlichen Versicherungen die gegen England gerichteten militärischen Vorbereitungen mit größter Energie fortgesetzt. Eine aus 70 000 Mann bestehende türkische Armee bezieht auf der asiatischen Seite der Dardanellen Aufnahmestellung, während Offiziere der kemalistischen Armee in Konstantinopel und Thrazien in aller Stille eine weitere irreguläre Armee zusammengesetzt haben.

Die Ursachen der Brandkatastrophe in Smyrna.

Die ganze Stadt ein Trümmerhaufen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rom, 21. September.

Der aus Smyrna in Mailand eingetroffene italienische Arzt Gualtieri schildert als Augenzeuge, wie es zum Massaker kam. In der Stadt verbreiteten sich die Türken nach ihrem Einmarsch durchaus korrekt, als plötzlich unweit der italienischen Schulen eine Anzahl armenischer Fanatiker Bomben gegen eine türkische Patrouille schleuderte. Fünf Pferde der türkischen Reiterei wurden getötet, und der türkische Oberst blieb nur durch einen Zufall unverletzt. Das armenische Bombenattentat war es also, das türkische Repressalien hervorrief. Aus Brindisi kommen beständig Schiffe mit italienischen Smyrnaflüchtigen an. Sowohl die Schiffsoffiziere als die Flüchtlinge klagen einstimmig die Griechen und die Armenier an, die Stadt angezündet und die Katastrophe verursacht zu haben, namentlich die Offiziere des Kriegsschiffes „Barletta" bekräftigen dies.

L Paris, 21. September.

Der französische Postdampfer „Phrygia", der gestern in Marseille angekommen ist, hat 450 Flüchtlinge aus Smyrna nach Frankreich gebracht. Alle sind von den durchlebten Schreckenstagen noch so erschüttert, daß sie über ihre Erlebnisse nur wenig Angaben machen können. Einige Kaufleute, die durch die Feuersbrunst ihren ganzen Besitz verloren haben, weinten still vor sich hin, als die französischen Journalisten sie mit Fragen bestürmten. Sie waren nicht imstande, Antwort zu geben. Ein französischer Großindustrieller, dessen Fabrik in Smyrna völlig zerstört ist, erklärte: „Der Tag des 13. September war für meine Familie und mich die Hölle. Ich weiß nicht, wie wir diese Qualen überstehen konnten; ich habe alles verloren, auch den Mut, noch einmal die Arbeit zu beginnen. Ob Smyrna jemals aus den Trümmern erstehen wird, vermag ich nicht zu sagen." Ein anderer Herr, der Direktor einer Minengesellschaft, gab die folgende Schilderung: Die Türken hatten einen feierlichen Einzug gehalten, die Musik an der Spitze. Plötzlich wurden, angeblich von Armeniern, einige Handgranaten geworfen, die einen Offizier und zwei Pferde töteten. Trotz dieses Attentats wurde der Einmarsch fortgesetzt. Er dauerte über eine Stunde. Im Armenierviertel erfolgten neue Angriffe durch Bombenwürfe. Diesmal gab es mehrere Tote und viele Verwundete. Man begann ein Gemetzel, das furchtbar war. Irreguläre türkische Soldaten legten Feuer an, mordeten und plünderten. Bald standen die Viertel der Juden und der Armenier in Flammen. Diese Viertel lagen am Ende der Stadt. Aber der Südwind trieb die Flammen auch in die europäischen Viertel. Um 5 Uhr abends ging ein Aschenregen auf die brennende Stadt nieder. Die Bäume am Wege flammten auf wie riesige Fackeln. Durch die Straßen zogen sich Feuerströme, von knisternden Balken und zusammenbrechenden Trümmern begleitet. Branntwein und Petroleum aus Kneipen und Fabriken waren in Brand geraten und trugen das Verderben in die engen Gassen. Um Mitternacht war die ganze Stadt ein stinkender Trümmerhaufen. Ohne die Kriegsschiffe, die uns aufnahmen, wären wir alle zugrunde gegangen." Während dieser Franzose die Schuld an dem Unglück den Armeniern zuschreibt, versicherten die Armenier, die sich auf der „Phrygis" befanden, daß die Türken das Gemetzel begonnen haben. Ein armenischer Kaufmann namens Onnik Jakian erzählte, daß die kemalistischen Truppen das Armenierviertel umzingelt und angesteckt hätten. **Armenier wurden gezwungen, in kleinen Abteilungen an Maschinengewehren vorbei zu marschieren;** sie wurden zum größten Teil getötet. Junge Mädchen und Frauen wurden fortgeschleppt. Mehr als 2000 Armenier sollen ums Leben gekommen sein. Der Kapitän des Postdampfers „Phrygia", Got, gibt in seinem Bericht an, daß die Zerstörung Smyrnas ein Racheakt türkischer Soldaten für die Greueltaten gewesen sei, die die fliehende griechische Armee auf dem Rückzuge begangen hat.

London, 21. September. (W. T. B.)

Aus New-York wird gemeldet: „Associated Preß" berichtet aus Smyrna, die amerikanischen und griechischen Sachverständigen schätzen den Materialschaden in Smyrna auf 150 Millionen Dollar. Der größte Teil der vernichteten Werte war nicht versichert. Von den in Frage kommenden Versicherungsgesellschaften sind die meisten englische. Nach Aussagen der Mehrzahl der amerikanischen Augenzeugen beträgt die Zahl der Toten in Smyrna mindestens 2000.

Darf ein Landwirt Demokrat sein?

Von

Dr. Ernst Feder.

Um mit einem Beispiel zu beginnen: da liegt in der Grenzmark der Kreis Deutsch-Krone. Im Kreis herrscht ein dringendes Bedürfnis nach besiedelungsfähigem Land. Der Großgrundbesitz überwiegt. Bevölkerungspolitisch ist es daher wichtig, daß neue Bauernstellen und Arbeiterstellen geschaffen werden. Deutsch-Krone ist ein Grenzkreis. Deshalb ist auch nationalpolitisch eine Vermehrung des deutschen Bauernelements notwendig. Der Andrang nach Siedlerstellen ist groß. Die Verdrängung der deutschen Ansiedler aus den abgetretenen Gebieten wird ihn noch verstärken. Besiedelungsfähiges Land ist in Menge vorhanden. Das Siedlungsgesetz weist die Wege zu seiner Beschaffung. Die gemeinnützigen Siedlungsunternehmen haben ein Vorkaufsrecht auf landwirtschaftliche Güter, der Landlieferungsverband auf alle großen Besitzungen. Zahlreich sind im Kreis die „walzenden" Güter. Mehr als vierzig große Grundstücke haben in den letzten drei Jahren den Eigentümer gewechselt, eine Anzahl von ihnen mehrmals. Nicht ein einziges Mal hat man von dem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht.

Das Siedlungsgesetz kennt weiter eine sogenannte „schwarze Liste" der Güter, die besonders zur Besiedlung geeignet sind. Aus dem Bestand der großen Güter über hundert Hektar soll geeignetes Land beschafft werden. Zu Dutzenden sind solche Güter bis zu zweitausend, zu fünftausend, zu sechstausend Hektar vorhanden. Kein einziges Mal wird der Versuch gemacht. Das Siedlungsgesetz weist auf die Güter, deren Besitzer nicht Berufslandwirte sind. Hier gibt es einen Straßenbahndirektor, einen Mühlenbesitzer, einen Proviantamtsinspektor, einen Studiosus, einen Viehhändler. Es nennt die Güter, die schlecht bewirtschaftet sind: hier läßt ein Gutsbesitzer tausend Morgen brach liegen. Die Güter, deren Besitzer sie nicht selbst bewirtschaften oder nicht auf ihnen wohnen, die Güter, die zu Besitzungen von ungewöhnlich großem Umfange gehören: da gibt es Besitzungen, die fünfundzwanzigtausend Morgen groß sind. Der Kreis enthält geradezu eine Musterkollektion für die schwarze Liste des Siedlungsgesetzes. Es muß also etwas geschehen. Es ergeht ein Enteignungsbeschluß: der erste im Kreise.

Wen trifft der Strahl, der aus der Wolke zuckt? Er trifft ein Gut von noch nicht fünfzehnhundert Morgen, dessen Boden überwiegend schwer und zur intensiven Besiedelung ungeeignet ist, ein Gut, das in den letzten hundert Jahren seinen Besitzer nur einmal entgeltlich gewechselt hat, dessen gegenwärtiger Besitzer Berufslandwirt ist und nach dem Urteil aller Sachverständigen vorbildlich wirtschaftet. Jene Musterkollektion bleibt unberührt. Und nun will es der Zufall, daß dieser Landwirt, der einzige, der von der Enteignung getroffen wird, zugleich der einzige demokratische Landwirt des ganzen Kreises ist. Er mochte nicht glauben, daß in einer demokratischen Republik der Makel demokratischer Gesinnung zur Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz genügt. Er beschwerte sich also beim Minister, obwohl Kundige im Kreise und auch im Ministerium ein solches Beginnen ganz aussichtslos nannten. Und er hatte die Genugtuung, daß die entscheidende Instanz, der Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff und der Handelsminister Siering, der Beschwerde stattgaben und den Enteignungsbeschluß aufhoben, weil das Gut musterhaft bewirtschaftet, der Gutsbetrieb auch in sozialer Hinsicht vorbildlich geführt und das Siedlungsbedürfnis zweckmäßiger durch größere, minder gut bewirtschaftete, ihrem Boden nach besser geeignete Güter, „wie sie im Kreise Deutsch-Krone vorhanden sind", befriedigt wird.

Das Beispiel ist nicht nur eine amüsante Anekdote. Es ist ein Symptom. Systematisch wird der Versuch gemacht, mit Hilfe des Siedlungsgesetzes die demokratischen Gutsbesitzer vom Lande zu verdrängen. Fast aus allen preußischen Provinzen liegen ähnliche Fälle vor. Ein Gut in der Mark Brandenburg wird enteignet. Begründung: es werde schlecht bewirtschaftet. Die Nachprüfung durch den Minister ergibt, daß das Gut musterhaft verwaltet wird, der Besitzer allerdings demokratischer Gesinnung dringend verdächtig ist. Zahlreich sind die Fälle in Pommern. Ein Enteignungsbeschluß betont, daß der Besitzer die Landwirtschaft bisher nicht im Hauptberuf betrieben, auf dem Gute nie dauernd gewohnt hat. Tatsächlich hat der Besitzer, in dessen Familie das Gut seit fünfzig Jahren ist, nie einen anderen Beruf ausgeübt, bis er bei Gelegenheit der Ausübung dieses Berufes erkrankt ist. In einem anderen Fall wird gegen einen pommerschen Rittergutsbesitzer das Enteignungsverfahren eingeleitet, obwohl die Pommersche Landgesellschaft, die sich in den Besitz seines Gutes bringt, noch vier, fünf große Güter, über dreitausend Hektar besiedlungsfähiges Land, in Händen hat, ohne daß eine Besiedlung erfolgt. Ja dieselbe Pommersche Landgesellschaft hat erst im vorigen Jahr ein Rittergut, das sie für eine Million Mark zu Siedlungszwecken erworben hat, für zweiundeinhalbe Million Mark an einen Großindustriellen weiterverkauft. Jene Enteignungsaktion setzt zufälligerweise ein, nachdem der betroffene Rittergutsbesitzer, der früher Mitglied des Pommerschen Landbundes war, diesem den Rücken gekehrt und sich der demokratischen Partei angeschlossen hat. Ein deutschnationaler Agrarier hat einmal ganz offen gesagt: „Mit Hilfe des Siedlungsgesetzes werden wir es zuwege bringen, daß nach zwei Jahren in Preußen kein demokratischer Landwirt mehr existiert."

Der parteipolitische Nutzen dieser Politik liegt auf der Hand. Der demokratische Besitzer wird entfernt. Das ist auch deshalb wichtig, weil der demokratische Landwirt den Terror, mittels dessen die Landarbeiter vielfach in den Pommerschen Landbund gezwungen werden, nicht mitmacht. Neue Siedler werden auf ihre „zuverlässige" Gesinnung geprüft. Daneben machen